

KLAUS STEINITZ

Ist Wirtschaftswachstum unverzichtbar?

Um Platz und Inhalt der Wachstumsproblematik in einem sozialistischen Politikkonzept für die heutigen Verhältnisse zu bestimmen müssen zumindest folgende Anforderungen erfüllt sein:

Erstens gilt es die realen Wachstumsprozesse der Gegenwart sowie die Bedingungen und voraussichtlichen Tendenzen der wirtschaftlichen Dynamik in der nächsten Zeit zu analysieren. Die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der letzten zehn Jahre waren mit knapp 1,5 Prozent signifikant niedriger als in allen anderen Zeitabschnitten nach 1945. Seit zwei Jahren stagniert die Wirtschaft Deutschlands. Die Zuwachsraten des BIP lagen 2001 und 2002 bei 0,6 bzw. 0,2 Prozent. Regelmäßig werden die Prognosen nach unten korrigiert und der Beginn des immer wieder angekündigten wirtschaftlichen Aufschwungs zeitlich weiter nach hinten verschoben. Die Debatten um die »japanische Krankheit« nehmen zu, da es auch in Deutschland ernste Anzeichen einer länger anhaltenden deflationär-depressiven Entwicklung gibt.¹

Zweitens ist es notwendig, die differenzierten Wirkungen des Wirtschaftswachstums auf die Beschäftigung, die Entwicklung und Verteilung der Einkommen – die Beziehungen zwischen Arbeits-einkommen, Gewinn- bzw. Vermögenseinkommen und Sozialeinkommen – sowie auf die Einnahmen der öffentlichen Haushalte und die finanzielle Situation der Sozialversicherungssysteme zu untersuchen.

Drittens müssen die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Dynamik und dem Erreichen umweltpolitischer Zielstellungen, insbesondere bei der Verringerung des Verbrauchs von Energie und Rohstoffen und der Reduzierung schädlicher Emissionen, speziell von CO₂ und anderen Klimagasen, untersucht und die bisher hier erzielten Ergebnisse bewertet werden.

Viertens ist es erforderlich, sich darüber Klarheit zu verschaffen, welche Möglichkeiten überhaupt in der real existierenden globalisierten kapitalistischen Marktwirtschaft von heute bestehen, um das Wachstum, sein Tempo, seine Struktur, seine Qualität sowie seine Wirkungen auf die Umwelt zu beeinflussen und wie, mit welchen Methoden und Instrumenten, ein solcher Einfluß ausgeübt werden kann.

Abstrakte Diskussionen darüber, ob Wachstum in den Industrieländern überhaupt akzeptiert werden darf oder über die Höhe des zulässigen Wachstums sind für die Ausarbeitung linker Politikkonzepte kaum von Nutzen. Derartige Auseinandersetzungen erhalten

Klaus Steinitz – Jg. 1932; Prof. Dr., Leiter der AG Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS, Autor zahlreicher Aufsätze und Schriften. Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Nachhaltigkeit und Anforderungen an eine alternative linke Politik, Heft 90 (April 1998).

1 »In den dunklen Wochen des Herbstes 2002 macht sich Angst vor der Deflation breit. Dieses ökonomische Krankheitsbild wird zu Recht als bedrohlich angesehen. In seiner Extremform, der Großen Depression, hat es in der deutschen Geschichte eine furchtbare Spur hinterlassen. Aber auch weniger starke Ausprägungen sind sehr ernst zu nehmen. So ist die japanische Wirtschaft 1999 in die Deflation geraten, und

sie hat sich davon – trotz massiver wirtschaftspolitischer Therapieversuche – bis heute nicht mehr erholen können. Die Hilflosigkeit der Ökonomen im Fall Japans verdeutlicht zugleich, wie wenig die Wirtschaftswissenschaft über Deflationen weiß. Während das vergangene Jahrhundert eine Fülle von Anschauungsbeispielen für Inflationen und zugleich auch für erfolgreiche Stabilisierungsprogramme bietet, findet man mit Ausnahme von Japan kaum aktuelle Beispiele für eine Deflation. (Peter Bofinger/Heiner Flassbeck: Das Risiko einer Deflation. Die Wirtschaftspolitik sollte nach Kräften gegensteuern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. November 2002)

»Die Warnung ist nicht zu überhören: Die anhaltende Stagnation könnte eine weitere Verschlechterung bei Beschäftigung und Arbeits-einkommen auslösen ... Die Erwartung sinkender Preise treibt sowohl Investoren wie Konsumenten zu weiterer Zurückhaltung. ... Eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und eine Sanierung der sozialen Sicherungssysteme wäre unter diesen Bedingungen kaum zu realisieren. Die angestrebte sozialdemokratische Epoche wäre durch eine Übernahme der japanischen Entwicklung geprägt: eine chronische deflationär-depressive Entwicklung, die selbst mit einer deutlichen Absenkung der Zinsen und öffentlichen Investitionsprogrammen nicht zu durchbrechen ist.« (Sozialismus, November 2002, S. 3)

nur dann einen Sinn, wenn Fragen des Inhalts, der Struktur und der Qualität des Wachstums einbezogen werden. Vorschläge für ein linkes Wachstumskonzept dürfen auch nicht an den aktuellen Problemen einer sehr geringen wirtschaftlichen Dynamik sowie den damit verbundenen beschäftigungspolitischen und Finanzierungsproblemen der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme vorbeigehen.

Was ist unter Wachstum zu verstehen?

Die Schwierigkeiten der Analyse des Wirtschaftswachstums fangen schon bei der Begriffsbestimmung an. Trotz vieler berechtigter Einwände zum BIP als synthetischer Wachstumskennziffer gibt es bis heute keinen anderen praktikablen bzw. aussagekräftigeren Indikator für eine *zusammenfassende* Messung des Wirtschaftswachstums. Zahlreiche Versuche, ein ökologisches Gesamtprodukt zu berechnen, enthalten zwar wichtige Anregungen für eine differenziertere Bewertung, können jedoch das BIP bei der Messung des Wirtschaftswachstums nicht ersetzen. Die eingeschränkte Aussagekraft des BIP für die Messung und Bewertung wirtschaftlicher Dynamik, insbesondere seine Nutzung als Wohlstandsindikator, müßte jedoch ständig im Bewußtsein präsent sein. Es ist auch wichtig, dieses im BIP gemessene Wirtschaftswachstum durch ökologische Kennziffern und Berechnungen sowie möglichst komplexe Wohlstandsindikatoren nicht nur zu ergänzen, sondern soweit notwendig auch in der Aussage zu korrigieren.

Grundsätzlich sollte davon ausgegangen werden, daß Wirtschaftswachstum *kein eigenständiges Ziel* ist, *sondern stets im Zusammenhang mit seinen – durchaus widersprüchlichen – Wirkungen auf die verschiedenen Seiten des Lebens der Menschen und des gesellschaftlichen Fortschritts zu bewerten* ist. Eine Grundforderung müßte deshalb darin bestehen, Wachstum mit sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu verknüpfen. In Übereinstimmung hiermit ist linke Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik weder »wachstumsfeindlich«, noch darf sie dem verbreiteten Wachstumsfetischismus, dem Glauben, daß ein hohes Wirtschaftswachstum als solches bereits für die Lösung der gesellschaftlichen Probleme ausreichend oder zumindest entscheidend sei, folgen.

Eine Diskussion der widersprüchlichen Wachstumsproblematik, vor allem auch ihrer Konflikte mit den Erfordernissen ökologischer Nachhaltigkeit, ist notwendig. So setzt die Lösung der Umweltprobleme auf der einen Seite eine leistungsfähige, effiziente und sich dynamisch entwickelnde Wirtschaft voraus. Andererseits untergräbt aber die ständige Expansion der Wirtschaftsleistung zunehmend die natürlichen Grundlagen der Produktion. Die Konsequenz hieraus ist jedoch nicht einfach »Wachstumsverzicht«, »Nullwachstum« oder gar »negatives Wachstum«. Eine derartige Orientierung wäre meines Erachtens doppelt falsch: Einerseits geht sie, wenn sie als aktuelle Forderung erhoben wird, an den gegenwärtigen Problemen der Wachstumsschwäche und den damit eng verflochtenen Problemen der Massenarbeitslosigkeit und der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben vorbei. Andererseits wird damit der Eindruck hervorgerufen, daß die Umweltbelastung nur vom *Zuwachs* der Wirtschaftslei-

stung oder des Produktionsausstoßes und nicht von der Gesamtheit der Produktion ausgeht. Ein »Nullwachstum«, das heißt ein Gleichbleiben der wirtschaftlichen Leistung ohne Umgestaltung der gesamten Produktion, dem dazu erforderlichen Einsatz an Stoff und Energie sowie den Emissionen, würde die Zerstörung der Umwelt fortsetzen. Selbst ein Rückgang der Produktion würde den Prozeß der Umweltzerstörung nicht von allein aufhalten, sondern nur zeitlich strecken. Die aktuelle Forderung kann daher nicht Wachstumsverzicht sein, sondern muß den sozial-ökologischen Umbau des gesamten Produktionsprozesses zum Ziel haben.

Das Ausmaß menschlicher Eingriffe in die Umwelt, der Verbrauch natürlicher Ressourcen für die Produktion und die Belastung der Natur durch Emissionen wird durch zwei Prozesse bestimmt, durch die Veränderung (Erweiterung oder Reduzierung) der Maßstäbe der Produktion – Wachstum oder Reduktion – und durch die Intensität oder den Umfang der Inanspruchnahme bzw. Belastung natürlicher Ressourcen je Einheit Produktion und Konsumtion als Ausdruck der Effizienz der wirtschaftlichen Tätigkeit. Das Ausmaß, in dem beide Prozesse jeweils die Belastung der natürlichen Umwelt beeinflussen, hängt von vielen Faktoren ab: Je länger die zu untersuchenden Zeiträume und je höher die Wachstumsraten sind, desto stärker ist der Einfluß des ersten Prozesses. Je stärker die Effizienz beim Einsatz der natürlichen Ressourcen erhöht wird und je mehr es gelingt, die Beschädigung der Natur durch Emissionen zu verringern, desto größer ist die Bedeutung des zweiten Prozesses. Ein hohes Tempo der Effizienzsteigerung eliminiert die Wirkungen des Wachstums auf einen höheren Verbrauch natürlicher Ressourcen und eine Belastung der Natur durch Emissionen teilweise oder auch vollständig. Durch eine Erhöhung dieser Effizienz werden daher die Grenzen des unter ökologischen Aspekten zulässigen Wachstums erweitert.

Eine Schlüsselfrage besteht darin, die Voraussetzungen für solche Veränderungen in der Produktions- und Konsumtionsweise deutlicher zu bestimmen, die den Übergang zur Nachhaltigkeit unterstützen. Das sind bei der Produktionsweise vor allem Innovationen zur Einführung neuer Technologien und Produkte, die zu einer Senkung des spezifischen Verbrauchs an Energie und Rohstoffen und zur Verringerung der Umweltbelastung führen, Veränderung von Wirtschaftsstrukturen infolge eines differenzierten Wachstums bzw. auch eines Produktionsrückgangs verschiedener Bereiche und Branchen sowie die Stärkung regionaler Wirtschaftsverflechtungen und -kreisläufe. Dabei steht die Frage, nach welchen Kriterien sollte eine Differenzierung des Wachstums, einschließlich der Reduzierung des Produktionsausstoßes in bestimmten Branchen, angestrebt werden und wie, durch welche Regulierung/Steuerung und ökonomischen Anreize könnten solche Wachstums- bzw. Rückbauvorstellungen umgesetzt werden?²

Bei der Konsumtionsweise geht es um Konzepte zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, um Vorstellungen, wie auf die zunehmende Unsicherheit und Prekarisierung der Lohnarbeitsverhältnisse zu reagieren ist, um Vorschläge für Änderungen in den Verteilungsverhältnissen. Eine besondere Bedeutung kommt Konzepten zur Förderung von Bildung sowie kulturellen, sozialen und gesundheit-

2 Eine linke Wirtschaftspolitik sollte eine für den Energie- und Rohstoffverbrauch in der Bundesrepublik günstige Wachstumsdifferenzierung, zum Beispiel durch Einschränkung der Produktion ressourcenintensiver Branchen oder umweltschädlicher Produktionen, nicht durch eine Produktionsverlagerung in andere Länder Mittel- und Osteuropas oder der Dritten Welt, durch einen Export von Umweltschäden, unterstützen.

lichen Dienstleistungen zu. Ihre vorrangige Entwicklung ist eine unerläßliche Forderung für die »Dematerialisierung des Wohlstands« (Spangenberg). Dies schließt natürlich die Schaffung der hierfür erforderlichen Infrastruktur ein, was wiederum mit beträchtlichem materiellen Verbrauch verbunden ist. Zu den Voraussetzungen für solche Veränderungen in den Konsumtionsstrukturen gehört auch eine stärkere Umverteilung über Steuern und Abgaben, um die finanziellen Bedingungen dafür zu schaffen.³

3 Eine differenzierte Analyse des Wirtschaftswachstums, die auch Antworten darauf gibt, wie dieses mit sozialem und ökologischem Umbau zu verbinden ist, verlangt, die verschiedenen Dimensionen des Wachstums näher zu betrachten.

Zeitliche Dimensionen des Wachstums

Es erscheint zweckmäßig, eine Unterscheidung nach kurz- (1 bis 2 Jahre), mittel- (3 bis 10 Jahre) und langfristigem Wachstum (mehr als 10 Jahre) vorzunehmen. Die Anforderungen an eine höhere Ressourceneffizienz und eine geringere Umweltbelastung steigen mit der Länge des Zeitraums an.

Während Differenzen im jährlichen Wachstumstempo zwischen null und zwei Prozent für einen Zeitraum bis zu fünf Jahren kaum spürbare Auswirkungen auf die natürliche Umwelt haben, praktisch also vernachlässigt werden können, sind sie für längere Zeiträume gravierend. Forderungen nach Wachstumsverzicht als eine notwendige Bedingung für sozial-ökologische Nachhaltigkeit sind, wenn sie unmittelbar auf die nächste Zukunft bezogen werden, unrealistisch und falsch. Auch in linken, alternativen Wirtschaftskonzepten kommt in kurz- und mittelfristiger Betrachtung angesichts der Massenarbeitslosigkeit, der Haushaltsprobleme und der Finanzierungsdefizite der sozialen Sicherungssysteme dem Wachstum eine wichtige Rolle zu. Dies wird schon in der drastischen Zuspitzung dieser Probleme in der Gegenwart deutlich, die zu einem wesentlichen Teil darauf zurückzuführen ist, daß es entgegen den Prognosen faktisch kein Wachstum gibt. Wirtschaftswachstum bleibt in der *kurz- und mittelfristigen Perspektive* unter den gegenwärtigen ökonomischen Verhältnissen – auch wenn es gelingen sollte, einen Politikwechsel zu erreichen – ein notwendiges Element, um eine weitere Verschlechterung der Beschäftigungs-, sozialen sowie auch haushaltspolitischen Situation des Bundes, der Länder und der Kommunen zu verhindern, und erst recht, um Schritte zu ihrer Verbesserung gehen zu können.⁴

4 Heute, wo die Wahrscheinlichkeit einer länger anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation mit verhängnisvollen sozialen Folgen größer geworden ist, würde eine Forderung nach Wachstumsverzicht, den es, wenn auch unfreiwillig, 2002 real gab, noch mehr als unter normalen Bedingungen auf breites Unverständnis stoßen und zu politischer Isolierung führen.

Ein neuer Typ wirtschaftlicher Entwicklung

Vorstellungen für *längere Zeiträume* müßten darauf orientieren, einen *neuen Typ wirtschaftlicher Entwicklung* anzustreben, der in den Industrieländern ohne weiteres materiell-stoffliches Wachstum eine Verbesserung der *Lebensqualität*, die Verwirklichung des Rechts auf existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherheit ermöglicht. Die Umstellungen auf diesen neuen Entwicklungspfad sind für die Produktions- und Lebensweise so tiefgreifend, daß sie bei günstigen Bedingungen – von denen wir weit entfernt sind – mehrere Jahrzehnte verlangen. In dieser »Transformationszeit« müssen zunächst die Weichen in Richtung Nachhaltigkeit/Zukunftsfähigkeit konsequent umgestellt werden. Zugleich gilt es, auf dem neuen Entwicklungspfad so schnell wie möglich Fortschritte zu erzielen. Das heißt, die Länge der notwendigen Transformation darf nicht als Freibrief für

Verzögerungen aufgefaßt werden. Im Vordergrund stehen dabei die innovativen, strukturellen und Verhaltensänderungen, die notwendig sind, um je Einheit Wirtschaftsleistung bzw. je Nutzeinheit den Verbrauch von Naturressourcen sowie die Umweltbelastung durch Emissionen in den für eine nachhaltige Entwicklung notwendigen Dimensionen zu reduzieren. Ein erster Schritt müßte darin bestehen, die Ressourcenproduktivität mindestens in einem solchen Tempo zu erhöhen, wie die Wirtschaft wächst, das heißt, es müßte verhindert werden, daß der absolute Verbrauch an natürlichen Ressourcen weiter zunimmt.

Die ungezügelt Ausdehnung der Maßstäbe der Produktion als eine Bewegungsform des kapitalistischen Verwertungsprozesses hat zu einer Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen und zu einer Belastung der natürlichen Umwelt geführt, welche die natürlichen Existenzbedingungen der Menschheit zerstört. Notwendig ist deshalb eine beträchtliche *absolute* Reduzierung des Energie- und Stoffeinsatzes und der Umweltbelastungen. Über die Größenordnung der notwendigen Senkung des absoluten Verbrauchs an Rohstoffen und Energieträgern (nicht erneuerbarer Rohstoffe und fossiler Energieträger) bis Mitte dieses Jahrhunderts gibt es unter den Umweltexperten weitgehend Übereinstimmung: Weltweit auf rund die Hälfte und in den Industrieländern auf 20 bis 10 Prozent des gegenwärtigen Standes, um eine stärkere Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen durch die Länder der Dritten Welt zu ermöglichen.⁵ Um den absoluten Stoffverbrauch (nicht erneuerbarer Rohstoffe) in den Industrieländern in dieser Dimension zu reduzieren, müßte bei gleichbleibender Wirtschaftsleistung die entsprechende Stoff- oder Materialproduktivität auf das 5-10fache steigen. Bei einem jährlich durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von einem Prozent müßte diese Stoff- oder Materialproduktivität auf das 8-16fache und bei einem Wachstum von zwei Prozent auf das 13-27fache steigen. Das heißt, je Stoffeinheit müßte Mitte des nächsten Jahrhunderts im Vergleich zu heute die 13-27fache Wirtschaftsleistung erzielt werden.

5 Bund/Misereor: Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Basel 1996, S. 80; Enquete-Kommission: Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten, Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/9200, 12. Juni 2002, S. 385.

Tabelle 1:

Anforderungen zur Senkung des spezifischen Verbrauchs an Rohstoffen und fossilen Energieträgern bei Senkung des absoluten Verbrauchs auf 10% des gegenwärtigen Standes bis 2050

Varianten jährlichen Wachstums in vH	BIP: Volumen 2050 gegenüber 2000=100	Notwendige Senkung des spezif. Verbrauchs um vH	Steigerung der Rohstoff- und Energieproduktivität auf das ...fache (bei Senkung um 10 vH)	... auf das ...fache (bei Senkung um 20vH)
-1,0	60	84	6	3
0,0	100	90	10	5
1,0	164	94	16	8
2,0	269	96	27	13
3,0	438	98	45	22

Quelle: Enquete-Kommission: Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten, Deutscher Bundestag: Drucksache 14/9200, Berlin 2002, S. 385 ff; J. H. Spangenberg: Nachhaltiges Wirtschaften und Wachstum, in: UTOPIE kreativ, Heft 136 (Februar 2002), S. 149 f.

6 »Wächst die Wirtschaft bis zum Jahre 2050 um durchschnittlich 2 Prozent jährlich, so ist das Reduktionsziel ein Faktor 27, bei 3 Prozent ein Faktor 45, und bis zum Ende des Jahrhunderts ein Faktor 200. ... Auch der größte Technikoptimist ist hier auf die Grenzen der Physik zurückverwiesen - über technische Lösungen allein wird sich eine Lösung des Problems nicht erzielen lassen. Langfristig wird sich also eine Beschränkung des Ressourcenverbrauchs in einer Beschränkung des Wirtschaftswachstums niederschlagen, nicht durch den Versuch, das Wachstum zu steuern, sondern als indirekte Folge der Verbrauchsbeschränkungen. Kurz- und mittelfristig dagegen kann dieser Effekt durch technische wie soziale Innovationen überkompensiert werden.« (Joachim H. Spangenberg: Nachhaltiges Wirtschaften und Wachstum, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 136, Februar 2002, S. 149 f.).

7 »Vor diesem Problemhintergrund hat die ökologisch fundierte Wachstumskritik, die für ein begrenztes Wachstum eintritt, an Gewicht gewonnen. Exponentielles Wirtschaftswachstum, also konstante Wachstumsraten über einen längeren Zeitraum hinweg, ist demnach auch mit einer noch so »qualitativen« Ausrichtung nicht mit ökologischen Anforderungen vereinbar, die iredische Formel eines »nachhaltigen Wachstums« Illusion.« (Norbert Reuter: Die Wachstumsoption im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 136, Februar 2002, S. 132).

Eine Reduzierung des spezifischen Verbrauchs an nicht erneuerbaren Rohstoffen auf 1/27 oder vier Prozent des jetzigen Niveaus liegt wohl aber außerhalb des auch bei größtem Optimismus real Vorstellbaren.⁶ Schon hieraus wird deutlich, daß es kein unendliches exponentielles Wirtschaftswachstum geben kann. Eine Unendlichkeit des Wachstums widerspricht auch der Endlichkeit der Natur.⁷

In der Transformationszeit zu einer wirklich nachhaltigen Entwicklung ohne bzw. mit stark eingeschränktem Wirtschaftswachstum kommt es darauf an, solche Bedingungen herauszubilden, daß in den Industrieländern eine Vollbeschäftigung neuer Art und eine höhere Lebensqualität grundsätzlich ohne ständig weiteres Wachstum der stofflichen Produktion erreicht werden können. Das setzt Innovationen und Veränderungen auf allen relevanten Politikfeldern voraus. Hierfür sind tiefgreifende Eingriffe in die vorherrschenden ökonomischen Strukturen, vor allem in die Eigentumsverhältnisse ebenso notwendig, wie darauf beruhende Veränderungen in den Verteilungsstrukturen der Vermögen und Einkommen, im gesamten System der Steuern und Abgaben sowie in der Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Zu den zu schaffenden Voraussetzungen gehören auch die Verkürzung der Arbeitszeit und Änderungen in der Arbeitszeitpolitik und damit verbunden in der Sozialpolitik sowie in der Regulierungsweise der Wirtschaft.⁸

Die Umweltproblematik wird, trotz einiger Fortschritte in den letzten Jahren, insgesamt durch ein zunehmendes Auseinanderklaffen zwischen Wünschenswertem und Notwendigem auf der einen und der Realität auf der anderen Seite gekennzeichnet. Aufklärung zur Gewinnung von Mehrheiten und erhöhter außerparlamentarischer Druck sind notwendig, um durch Änderung der politischen Kräfteverhältnisse das jeweils Mögliche durchzusetzen und damit die Kluft zwischen Notwendigem und Realem zu verringern.

Weltwirtschaftliche und regionale Differenzierungen im Wirtschaftswachstum

Diese Problematik spielt eine besondere Rolle im Zusammenhang mit der Nord-Süd-Polarisation. In einem linken Wirtschafts- und Umweltkonzept kommt der Verbesserung der Entwicklungschancen für die Länder der Dritten Welt ein herausragender Platz zu. Dabei geht es auch um die Schaffung von Bedingungen für ein *höheres* Wirtschaftswachstum, um adäquate Wege für eine Verringerung der Umweltbelastung und um eine bessere Nutzung der Wachstumsresultate zur Lösung der sozialen und ökologischen Probleme der Menschen in diesen Ländern.

Soll eine Verschärfung der globalen Umweltkrise verhindert werden, so setzt dies ein überdurchschnittliches Wachstum der Volkswirtschaften dieser Länder voraus, daß »Umwelttraum« bzw. Naturressourcen für sie durch höhere Einsparungen in den Industrieländern freigesetzt werden und daß sie nicht dem Umwelt zerstörerischen Wachstumstyp der Industrieländer folgen. Bei beiden Forderungen klappt eine riesige Kluft zwischen Anspruch und Realität. Diese Problematik wird auch in Europa bei der Überwindung der hohen Entwicklungsrückstände der mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittskandidaten eine Rolle spielen.

Für die Lösung dieser Probleme in der Dritten Welt kommt dem industrialisierten Norden eine hohe Verantwortung zu: *Erstens* müssen größere Anstrengungen unternommen werden, um Umweltressourcen absolut einzusparen und dadurch diesen Ländern zu ermöglichen, ihren Anteil am Weltverbrauch natürlicher Ressourcen entscheidend zu erhöhen. *Zweitens* muß diesen Ländern eine größere und wirksamere technologische und finanzielle Unterstützung für eine stärker Ressourcen sparende Entwicklung gegeben werden. Schließlich liegt, *drittens*, ihre Verantwortung darin, durch eigenes Beispiel zu zeigen, wie umweltfreundliche Lösungen mit einer Erhöhung des ökonomischen Entwicklungsniveaus verbunden werden können. In dem Maße, wie dies erreicht wird, erhält der Satz von Karl Marx: »Das industriell entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eignen Zukunft«⁹ eine neue, in eine zukunfts-fähige Perspektive weisende Aussage.

Tabelle 2:

Wirtschaftswachstum, Bevölkerungswachstum und Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen in Ländern der Dritten Welt in den 80er Jahren (vH/Jahr)

Ländergruppen	Bevölkerungswachstum	Wirtschaftswachstum	Einkommenswachstum
19 Länder mit langsamem Bevölkerungswachstum	1,34	4,30	2,09
20 Länder mit durchschnittlichem Bevölkerungswachstum	2,29	2,31	0,02
20 Länder mit raschem Bevölkerungswachstum	2,75	2,01	-0,72
19 Länder mit sehr raschem Bevölkerungswachstum	3,42	2,22	-1,16

Quelle: Enquete-Kommission, a. a. O., S. 408.

Aber auch in den Industrieländern kommt der Verringerung tiefer regionaler Disparitäten durch ein regional differenziertes Wirtschaftswachstum eine wichtige Bedeutung zu. Dies trifft unter anderem für den Abbau der großen Klüfte zwischen Ost- und Westdeutschland zu, insbesondere beim BIP je Einwohner, bei der Arbeitslosigkeit und bei den Einkommen.

Quantitative, qualitative und strukturelle Aspekte des Wirtschaftswachstums

Der differenzierten Untersuchung und Wertung der quantitativen, qualitativen sowie strukturellen Aspekte des Wirtschaftswachstums sowie der Ausarbeitung entsprechender Konsequenzen kommt gerade im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit erhöhte Bedeutung zu. In den Diskussionen um die Wirtschaftspolitik der nächsten Zeit spiegelt sich diese Problematik jedoch nur unzureichend wider.¹⁰

8 »... daß die Lösung ökologischer, sozialer, arbeitsmarkt- und verteilungsbedingter Probleme nicht auf eine Zukunft mit (wieder) höheren Wachstumsraten vertagt werden darf, sondern unter den gegenwärtigen Bedingungen angegangen werden muß. Hiermit verbunden ist eine Stärkung solcher wirtschaftspolitischer Konzepte, die die primäre Lösung nicht in der Verteilung (ohnehin ausbleibender) höherer Wachstumsgewinne in der Zukunft, sondern in der besseren Verteilung des *gegenwärtig* erzeugten Sozialprodukts und des *gegenwärtig* vorhandenen Arbeitsvolumens sehen.« (Norbert Reuter: Die Wachstumsoption ... , a. a. O., S. 143).

9 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 12.

10 Im DIW Wochenbericht *Zentrale Aufgaben der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der kommenden Legislaturperiode* heißt es zum Beispiel: »Die zentrale Aufgabe in den kommenden vier Jahren ist es, die Voraussetzungen für einen steileren Wachstumspfad der deutschen Volkswirtschaft zu schaffen.« (DIW: Wochenbericht 39/2002).

Für die Beantwortung der Frage, wie Wirtschaftswachstum mit dem sozial-ökologischen Umbau zu vereinbaren sei, spielt jedoch die *Qualität des Wachstums* eine entscheidende Rolle. Die verschiedenen Wachstumsprozesse – die zugrunde liegenden Technologien sowie die Produkte und Dienstleistungen, die Träger des Wachstums sind – unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Wirkungen auf die natürliche Umwelt erheblich voneinander. Die Unterschiede beziehen sich sowohl auf das Ausmaß des Naturverbrauchs je Produktionseinheit als auch auf die Belastung der Natur durch Produktions- und Konsumtionsabfälle. Im Vordergrund stehen solche Technologie- und Produktinnovationen, die die Umweltbelastung je Bedürfnisseinheit minimieren. Nicht jedes Wachstum beeinträchtigt die natürliche Umwelt. Die Erweiterung der Tätigkeiten für den Umweltschutz und auch für die Reparatur von Umweltschäden wirkt sich als Erhöhung des Wachstums aus und trägt zugleich zur Verbesserung der Umweltbedingungen bei. Dabei gibt es auch bei umweltorientierten Tätigkeiten prinzipielle Wirkungsunterschiede, insbesondere zwischen nachsorgenden, reparierenden, *end-of-the-pipe*-Prozessen auf der einen, und vorsorgenden, in die jeweiligen Produktionen integrierten Kreislaufprozessen auf der anderen Seite.

Die Beziehungen zwischen quantitativem Zuwachs und qualitativer Entwicklung müssen sich grundlegend zugunsten letzterer verschieben. Dies betrifft sowohl die Produktionsresultate als auch die Produktionsbedingungen. Entscheidende Voraussetzung hierfür ist die Entfaltung und Nutzung des schöpferischen Potentials von Wissenschaft, Forschung und Technologie.

Bei den Wegen zur Erhöhung der Effizienz muß gewissermaßen ein Stellenwechsel der beiden grundlegenden Elemente des Produktionsprozesses – Arbeit sowie Stoff und Energie – erfolgen. Anstelle des bisher im Vordergrund stehenden höchstmöglichen Stoffeinsatzes je Zeiteinheit als Ausdruck steigender Produktivität tritt die Ökonomie des Vermeidens von Stoff- und Energieverbrauch als entscheidendes Kriterium der Effizienz nachhaltigen Wirtschaftens. Die bisherige Tendenz der gegenläufigen Entwicklung von lebendiger und vergegenständlichter Arbeit – ständige Einsparung und Freisetzung von Arbeit auf der einen und steigender Einsatz von Rohstoffen und Energie auf der anderen Seite – ist umzukehren. Das müßte sich in einer höheren »Arbeitshaltigkeit der Stoffströme« (Haustein) niederschlagen. Damit gilt es, die Umweltbelastungen der Produktion zu senken und zugleich die Wirkungen des Wachstums auf die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erhöhen.

Eng mit der Wachstumsqualität verbunden ist die strukturelle Entwicklung der Produktion. Gerade hier wird deutlich, daß es nicht nur und auch nicht in erster Linie um Zuwachsgrößen, sondern um die *gesamte* Produktion geht, um strukturelle Veränderungen auch der (mengenmäßig) einfachen Reproduktion. Die Beziehungen zwischen Wachstumsprozessen und Strukturveränderungen wesentlich intensiver zu gestalten und auch weit konsequenter auf Nachhaltigkeitskriterien zu richten, verlangt u. a.:

- ein stärker auf den Binnenmarkt und nicht einseitig auf den Export orientiertes Wachstum,
- die Verstärkung regionaler Wirtschaftsverflechtungen und -kreisläufe zur Reduzierung unnötiger Transporte,

- die weitere Verschiebung der volkswirtschaftlichen Strukturen zugunsten qualifizierter und wertschöpfungsintensiver sozio-kultureller sowie wissensbasierter Dienstleistungen,
- einen Paradigmenwechsel in Forschung und Entwicklung und davon ausgehend in den Innovationen von der Arbeitersparnis auf die Einsparung von Energie und Rohstoffen sowie auf die Substitution nicht erneuerbarer durch erneuerbare Energieträger und Rohstoffe, von der ständigen Erweiterung der Produktion auf die Erfordernisse einer Ökonomie des Vermeidens, von der Entwicklung ›linearer‹ Produktionssysteme und dem nachsorgenden Umweltschutz auf die vorrangige Herausbildung einer Kreislaufwirtschaft und einer vorsorgenden Umwelterhaltung.

Beziehungen zwischen Wirtschaftswachstum und Massenarbeitslosigkeit

Diese Beziehungen betreffen eine für die gegenwärtigen politischen und sozialen Auseinandersetzungen zentrale Problematik. Es stehen sich zwei Auffassungen gegenüber: Zum einen die Vorstellung, daß Massenarbeitslosigkeit auf dem Wege eines höheren Wirtschaftswachstums überwunden werden könnte, daß Wachstum der Hauptweg für Vollbeschäftigung sei. Andererseits, daß eine erfolgreiche Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit unter den gegenwärtigen ökonomischen und politischen Verhältnissen auch ohne Wirtschaftswachstum möglich sei.¹¹ Ich halte beide Auffassungen für vereinfachend und unrealistisch; beide stehen sie einer erfolgreichen Strategie zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit entgegen.¹²

Die Wachstumsschwelle für einen Arbeitsplatzzuwachs, das heißt, die Zuwachsrate des BIP, ab der überhaupt erst neue Arbeitsplätze entstehen, ist zwar von 2,6 Prozent in den 70er Jahren auf 2,1 Prozent in der Zeit danach zurückgegangen. Die Wachstumsrate des BIP lag aber in den 70er Jahren über der Schwelle von 2,6 Prozent, so daß die Anzahl der Erwerbstätigen um 400 000 zunahm, während sie von 1991 bis 1998 unter der Schwelle von 2,1 Prozent lag, woraus ein Rückgang um fast eine Million resultierte. In den Jahren 1999 und 2000 erhöhte sich die Anzahl der Erwerbstätigen um etwas mehr als eine Million. Der Grund: Während das durchschnittliche jährliche Wachstum des BIP in den Jahren 1992 bis 1998 bei 1,4 Prozent lag, betrug es im Durchschnitt der Jahre 1999 und 2000 2,4 Prozent.

Eine starke Kopplung zwischen Wachstum und Beschäftigungszuwachs bestand in den fünfziger und sechziger Jahren. In den fünfziger Jahren nahm bei einem hohen Wachstum von jährlich durchschnittlich rund 8 Prozent die Anzahl der Erwerbstätigen um 5 Millionen zu, die Arbeitslosenquote ging von 8,1 Prozent 1950 auf 1,0 Prozent 1960 zurück. In den Jahren von 1960 bis 1970 gab es ebenfalls ein hohes Wachstum von durchschnittlich 4 bis 5 Prozent jährlich, die Anzahl der Erwerbstätigen stieg um ca. eine halbe Million. Die Anzahl der Arbeitslosen lag in diesem Zeitraum mit Ausnahme der Jahre 1967 und 1968 unter 300 000.¹³ Die Zahl der offenen Stellen lag in all diesen Jahren über der Anzahl der Arbeitslosen.

11 In den von der Ökologischen Plattform bei der PDS vorgelegten Thesen für einen gemeinsamen Workshop mit der AG Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS von September 2002 heißt es: »Das Wirtschaftswachstum der BRD ist schon seit Jahrzehnten von der Entwicklung der Beschäftigten abgekoppelt, oder genauer gesagt: Wachstum bedeutet tendenzielles Steigen der Arbeitslosenrate, da es mit Rationalisierung und Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht wird.«

12 Seit der Krise 1974/75 hat das Wachstum immer weniger den Abbau von Arbeitsplätzen und das sprunghafte Ansteigen der Arbeitslosigkeit verhindert. Im früheren Bundesgebiet stieg die Arbeitslosigkeit seit Mitte der 70er Jahre bis heute auf fast das Fünffache an, obgleich das reale BIP in diesem Zeitraum um rund 70 Prozent zugenommen hat.

13 Die Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1997, Statistische Reihen, Dresdner Bank 1998.

Tabelle 3:

**Wachstumsrelationen, Produktivität und Veränderung
der Zahl der Erwerbstätigen**

Zeitraum	Wachstum BIP in vH	Wachstum Produktivität in vH	Zunahme/Abnahme der Erwerbstätigenzahl (in Millionen)
1971:1961	152,0	150,0	0,24
1981:1971	127,0	125,0	0,28
1991:1981	131,0	121,0	2,20
2001:1991	115,7	114,8	0,32
1998:1991	109,6	112,1	-0,90
2001:1998	105,5	102,4	1,20

Quelle: Die Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1997, Dresdner Bank 1998; eigene Berechnungen.

Hieran wird deutlich: Das Wachstum des BIP bestimmt nicht direkt die Veränderung der Anzahl der Arbeitsplätze, seine Wirkungen werden vermittelt durch die Produktivitätssteigerung (je Stunde) und die Veränderung der durchschnittlichen Arbeitszeit der Beschäftigten. Je höher die Produktivitätssteigerung, desto geringer die Beschäftigungseffekte bzw. desto höher die »Feisetzungseffekte«. Bei der Arbeitszeitverkürzung sind die Wirkungen entgegengesetzt. Je höher sie ist, desto größer sind bei gegebenem Wachstum des BIP und der Produktivität die Beschäftigungseffekte. Ein forciertes Wachstum kann mithin nicht mehr der Hauptweg sein, um die Massenarbeitslosigkeit zurückzudrängen. Durchschnittliche Wachstumsraten von über drei Prozent sind unter den gegenwärtigen Bedingungen ökonomisch unrealistisch und ökologisch problematisch. Es wäre aber verfehlt, hieraus abzuleiten, daß das Wachstum für das Ausmaß der Arbeitslosigkeit belanglos sei. Bei einem Wachstum, das um ein Prozent unter der volkswirtschaftlichen Produktivitätssteigerung liegt, tritt in Deutschland – bei Annahme sonst gleicher Bedingungen – ein Verlust von rund 350 000 Arbeitsplätzen ein, ebenso, wie bei einem Wachstum von einem Prozent über dem Produktivitätszuwachs theoretisch dieselbe Anzahl neuer Arbeitsplätze entsteht. Daraus ergibt sich gegenwärtig, insbesondere für Ostdeutschland, die Konsequenz, kurz- und mittelfristig eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine höhere wirtschaftliche Dynamik anzustreben. Dies müßte aber verbunden werden mit einer stärkeren Orientierung auf die qualitativen Aspekte des Wachstums, auf eine umweltfreundliche Strukturentwicklung und auf die vorrangige Entwicklung solcher Produktions- und Dienstleistungskomplexe, die sich durch eine hohe »Arbeitshaltigkeit« auszeichnen, in denen der Arbeitsplatzeffekt bei der Ausweitung der Maßstäbe der Wirtschaftstätigkeit über dem Durchschnitt liegt. Es kommt darauf an, das zukünftige Wirtschaftswachstum wesentlich enger mit dem sozial-ökologischen Umbau zu verbinden. Zugleich müßten Aufgaben zur weiteren Arbeitszeitverkürzung in den Vordergrund treten.

Soziale Wirkungen des Wachstums

Die sozialen Wirkungen des Wachstums werden entscheidend von der Verteilung der Ergebnisse der Wirtschaftstätigkeit bestimmt. Die

weitere Verschärfung der Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme ist Resultat vor allem zweier Prozesse, der zunehmenden Schiefheit in der Verteilung – Steuergeschenke an Unternehmen und Vermögende, geringe Zunahme der Masseneinkommen – und der Stagnation im Wirtschaftswachstum.¹⁴

Die ökologischen Wirkungen des Wachstums werden insbesondere vom qualitativen und strukturellen Gehalt desselben bestimmt. Die sozialen Wirkungen hängen hingegen vor allem von der Verteilung der Ergebnisse der Wirtschaftstätigkeit ab, von der Primärverteilung als Arbeitseinkommen bzw. Gewinn- und Kapitaleinkommen und von deren Umverteilung über Steuern und Abgaben und den Ausgaben der öffentlichen Haushalte. Dabei kommt der Entwicklung der Masseneinkommen¹⁵ eine besondere Bedeutung zu¹⁶.

Die Masseneinkommen stiegen von 1995 bis 2001 unter Berücksichtigung der höheren Anzahl von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern nominal zwar um 15 Prozent, preisbereinigt stagnierten sie jedoch (Zunahme um 1 Prozent). In diesem Zeitraum nahm das reale BIP um 10 Prozent zu. Die zunehmende Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen wurde entscheidend durch die Verschiebung in den Steuerlasten zum Nachteil der abhängig Beschäftigten beeinflusst.

Infolgedessen gingen von den Masseneinkommen nur schwache Impulse für die Stärkung des Binnenmarktes aus. In der Zeit von 1993 bis 2000 blieben die Löhne weit hinter den Marken zurück, die durch den verteilungsneutralen Spielraum (gesamtwirtschaftliche Produktivitätssteigerung plus Inflationsrate) bestimmt werden. Von 1996 bis 2001 wurde dieser Spielraum durch Lohnerhöhungen nur in einem Jahr ausgeschöpft, in fünf Jahren lagen die Lohnerhöhungen mehr oder weniger beträchtlich – um 0,9 bis 2,5 Prozentpunkte je Jahr und um 7 Prozentpunkte insgesamt – darunter.¹⁷ Das chronische Zurückbleiben des Binnenmarktes gegenüber dem Export verlangt eine Stärkung der Binnenkaufkraft durch höhere Masseneinkommen und höhere öffentliche Investitionen, die seit 1993 um rund 20 Prozent zurückgegangen sind. Der Exportüberschuß ist hingegen von 1991: 11,2 Mrd. €, 1995: 43,6 Mrd. €, bis 2001 auf 94 Mrd. € angestiegen.¹⁸

Ein linkes Politikkonzept darf natürlich nicht bei der Forderung nach höheren Masseneinkommen stehen bleiben. Es ist notwendig, eine solche Forderung durch spezifische Ziele zu untersetzen, die sich aus den Erfordernissen des sozial-ökologischen Umbaus ergeben:

- Einführung eines gesetzlichen oder tariflichen Mindestlohns, der Armut in der Arbeit verhindert, vorrangige Erhöhung der niedrigen Löhne, gegen weitere »Lohnspreizung« und Ausdehnung des Niedriglohnssektors;

- Stärkere Orientierung auf eine mit den Erfordernissen des ökologischen Umbaus in Übereinstimmung stehende Verwendungsstruktur der Haushaltsausgaben, unter anderem für bessere und von allen nutzbare Bildungsangebote, kulturelle Leistungen und sportliche Betätigungsmöglichkeiten sowie für eine höhere Attraktivität der Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs. Gleichzeitig sind größere Anstrengungen notwendig, damit umweltschädliche Konsummuster bei Einkommenserhöhungen nicht noch weiter ausgedehnt, sondern eher eingeschränkt werden.

14 »Und natürlich ist eine stetige Wirtschaftsentwicklung auch der wichtigste Beitrag zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme. Bleibt das Wachstum aus, würden alle noch so gut durchdachten Reformansätze zwangsläufig ins Leere laufen.« (Peter Bofinger/Heiner Flassbeck: Das Risiko einer Deflation ..., a. a. O.).

15 Zu den Masseneinkommen gehören die Arbeitseinkommen (Nettolöhne und -gehälter) und die empfangenen monetären Sozialleistungen.

16 Sie wird insbesondere von folgenden Faktoren beeinflusst: (1) der Entwicklung der Löhne und Gehälter im Verhältnis zu den Gewinnen und den Vermögenseinkommen, der Lohn- bzw. Gewinnquoten, (2) der Belastung dieser Einkommen durch Steuern und Abgaben, (3) der Gesamteinnahmen und der Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte, der Staatsquote, (4) der Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte, (5) der Preisentwicklung für die Elemente des Konsums.

17 Ver.di: Tarifbewegung 2002. Höhere Einkommen, Mehr Gerechtigkeit, Mehr Kaufkraft, Mehr Arbeitsplätze, Berlin 2002, S. 9.

18 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2001/2002, Stuttgart 2001, Tabelle 24*.

19 Zu folgenden Fragen müßte der Meinungsaustausch fortgeführt werden:

- Kann unter den Bedingungen der globalisierten kapitalistischen Wirtschaft der sozial-ökologische Umbau so voran gebracht werden, daß die wirtschaftliche Entwicklung zunehmend mit den Grunderfordernissen der Nachhaltigkeit in Übereinstimmung gebracht wird? Wie kann das erfolgen und welche Aufgaben sind dabei zu lösen? Hierbei geht es um eine breite Palette, die von Veränderungen in der Verteilung der Einkommen und des Reichtums über einen neuen Mix von Markt und gesellschaftlicher Regulierung, einer koordinierten EU und zunehmend auch globalen Umweltpolitik bis zu Fragen der Gestaltung einer sozial gerechten und zukunftsorientierten Ökosteuer und der Nutzung anderer ökonomischer Instrumente zur Internalisierung der Umweltkosten reicht.
- Können unter den Bedingungen einer kapitalistischen Marktwirtschaft Ausmaß, Qualität, Struktur und soziale Wirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung so beeinflusst werden, daß in den Industrieländern langfristig gesellschaftlicher Fortschritt und eine Verbesserung der Lebensqualität ohne ständige Vergrößerung des materiellen Produktionsausstoßes erreicht werden können? Welche Voraussetzungen sind hierfür zu schaffen?
- Wie kann die schreiende Ungerechtigkeit bei der Nutzung der natürlichen Ressourcen zwischen Nord und Süd eingeschränkt und schließlich überwunden werden?

Einige Schlußfolgerungen

Die Schwierigkeit, ein linkes, alternatives Konzept zum Wirtschaftswachstum auszuarbeiten, ergibt sich insbesondere daraus, daß sozialistische Politikvorstellungen und eine sozialistische Programmatik recht unterschiedliche Anforderungen an das Wachstum stellen.¹⁹ Diese sind einerseits untereinander verflochten und bedingen sich gegenseitig. Sie stehen aber andererseits auch im Widerspruch zueinander. Die verschiedenen Anforderungen an das Wachstum könnten wie folgt charakterisiert werden: *Erstens* geht es um Vorschläge und Vorstellungen, wie die gegenwärtigen Tendenzen wirtschaftlicher Stagnation, die die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und einen wirtschaftlichen Aufschwung Ostdeutschlands erschweren, überwunden werden können. *Zweitens* kommt es darauf an, schrittweise Voraussetzungen für einen neuen, zukunftsfähigen wirtschaftlichen Entwicklungstyp zu schaffen. *Drittens* gilt für beide Aufgaben, daß sie sich wesentlich von der gegenwärtigen Art des Wirtschaftswachstums mit seiner hohen Umweltbelastung und seinen unzureichenden Wirkungen auf Arbeitsplätze und die Befriedigung sozio-kultureller Bedürfnisse unterscheiden müssen. Das bedeutet, im Vordergrund eines linken alternativen Wachstumskonzepts muß der sozial-ökologische Umbau mit einem hohen Niveau reproduzierbarer umweltpolitischer Effekte und starken positiven Wirkungen auf Beschäftigung, soziale Sicherheit und soziale Gleichheit stehen.

Zwischen Wirtschaftswachstum und sozial-ökologischer Nachhaltigkeit bestehen enge Verflechtungen und gegenseitige Abhängigkeiten, die sowohl gegenseitige Stimulierungen und positive Effekte als auch Widersprüche, Konflikte, Hemmnisse und Blockierungen enthalten. Eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die auf die höchste Kapitalverwertung gerichtet ist und bei der auf gesellschaftliche Regulierung und Gestaltung der notwendigen sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen zunehmend verzichtet wird, führt zur Verschärfung der Widersprüche und Hemmnisse. Sozialistische Wirtschaftspolitik muß darauf gerichtet sein, die stimulierenden, positiven Seiten in diesen Beziehungen zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit zu stärken und die hemmenden Wirkungen, die die notwendige sozial-ökologische Umgestaltung blockieren, zurückzudrängen.²⁰

Die kapitaldominierte Gesellschaft verhält sich zu den beiden Hauptquellen des Reichtums, der Arbeit und den natürlichen Ressourcen, genau entgegengesetzt zu deren Reproduktionsfähigkeit und Verfügbarkeit. Dadurch verschärft sich der Widerspruch zwischen der Art und Weise des wirtschaftlichen Wachstums und den Erfordernissen einer zukunftsorientierten, nachhaltigen Entwicklung. Eine Entkopplung des Wirtschaftswachstums von der Inanspruchnahme und Belastung der Naturressourcen reicht nicht mehr aus. Eine reale, reproduzierbare und damit dauerhafte Entkopplung wäre zwar ein wichtiger Meilenstein auf dem Wege zu einer nachhaltigen Entwicklung. Notwendig ist jedoch eine beträchtliche *absolute* Reduzierung des Energie- und Stoffeinsatzes und der Umweltbelastungen. Dabei geht es nicht primär um die Genauigkeit der Einschätzungen zur notwendigen Senkung des Energie- und Roh-

stoffeinsatzes sowie der CO₂ und anderen schädlichen Emissionen, die sowieso gegenwärtig nicht überprüft werden können. Es geht um die Richtung, in der der absolute Verbrauch an natürlichen, nicht reproduzierbaren Ressourcen und die Belastung der »Senken« verändert werden muß und darum, daß der Zeitraum, in dem eine beträchtliche absolute Reduktion erreicht werden muß, nicht beliebig verlängert werden kann. Vielmehr gilt: Je länger diese Umorientierung dauert, desto radikaler und tiefer müssen die Einschnitte sein.

Tabelle 4:

Eckwerte der Konjunktur für Deutschland (in Prozent)

	1999	2000	2001	2002	2003
BIP real	2,0	2,9	0,6	0,5	1,0
Erwerbstätigkeit	1,2	1,8	0,4	-0,5	-0,3
Arbeitslosenquote	9,7	9,1	9,0	9,5	10,0
Verbraucherpreise	0,6	1,9	2,5	1,5	1,5
Außenbeitrag	0,8	0,4	1,9	3,8	4,3

Veränderung gegenüber Vorjahr, 2002 und 2003: Prognose.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, *iwd* 1/2003, S. 1.

Wirtschaftswachstum führt nicht aus sich heraus zu mehr Arbeitsplätzen, zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung oder zu zusätzlichen Einnahmen der öffentlichen Haushalte für die Lösung sozialer und ökologischer Aufgaben. Wachstum schafft jedoch wichtige Bedingungen und günstigere Voraussetzungen hierfür. Es ist von der Politik, dabei insbesondere von der Steuer- und Haushaltspolitik, abhängig, ob und inwieweit diese für die Schaffung von existenzsichernden Arbeitsplätzen, die Erhaltung und Weiterentwicklung des Sozialstaats und auch für eine vernünftige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte genutzt werden.

Es sind natürlich zwei ganz verschiedene Probleme, die Zielstellungen und Aufgaben für eine neue Art der wirtschaftlichen Entwicklung auszuarbeiten, die den Erfordernissen sozial-ökologischer Nachhaltigkeit entsprechen und zu erreichen, daß diese umgesetzt werden. Es gibt keine Lösungen, die völlig befriedigen und die die real vorhandenen Konflikte zwischen den verteilungs-, beschäftigungs-, umwelt- und entwicklungspolitischen Forderungen und dem Wachstum aufheben können.

20 Bei der Bewertung des Wachstums und der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit muß beachtet werden, daß die *Konflikte zwischen Wachstum und Umwelt im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts eine neue Qualität und Dimension erreicht haben*. Die ungezügelte Ausdehnung der Maßstäbe der Produktion hat zu einer Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen und zu einer Belastung der natürlichen Umwelt geführt, die die natürlichen Existenzbedingungen der Menschheit zerstört und ihre dauerhafte Sicherung gefährdet.